

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 25.04.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Kay Burmester CDU

Mitglieder

Wolfgang Dutsch CDU

Jörg Keller CDU

Manfred Eichhorn SPD

Christian Freitag SPD

Rüdiger Fölske SPD

Vertretung für: Sophia
Jacobs-Emeis

Rainer Hagendorf Bündnis 90 / Die Grünen

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Klaus Koschnitzke FDP

Martin Schumacher FDP

Angela Drewes WSI

Bastian Sue DIE LINKE

Olaf Wuttke Fraktionslos

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Gabriele Winter Seniorenbeirat

Verwaltung

Gernot Kaser Bürgermeister

Gisela Sinz Fachbereichsleitung 2

Karl-Heinz Grass Fachdienstleitung 2-61

Katrin Matthies Protokollführung

Torben Klaucke Fachdienst 2-61 bis TOP 8.3

Jürgen Brix Fachdienstleitung 1-30 bis TOP 8.3

Abwesend

Mitglieder

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Sophia Jacobs-Emeis SPD entschuldigt

Gäste:

5 Einwohner*innen

1 Ratsfrau

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Die WSI-Fraktion stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 4 „1. Nachtragshaushaltssatzung 2023“ zu streichen. Zum jetzigen Zeitpunkt sei keine seriöse Beratung eines Nachtragshaushaltes möglich, da zunächst die Liste zur Haushaltskonsolidierung im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden sollte. Zudem liege keine verbindliche Aussage des Bürgermeisters vor, ob dieser Nachtrag überhaupt genehmigungsfähig wäre.

Herr Eichhorn würde dem Wunsch einer Fraktion auf Vertagung üblicherweise zustimmen. Hier seien jedoch lediglich die Änderungen zu beraten, die der Zuständigkeit des Planungsausschusses unterliegen und diesen könne seiner Ansicht nach zugestimmt werden.

Der Vorsitzende bestätigt, dass die Beschlussempfehlung in üblicher Weise auf die Zuständigkeitsbereiche des Planungsausschusses angepasst wird. Da es sich hauptsächlich um Mittel handelt, die für den Versuch in der Bahnhofstraße - der von den Fraktionen überwiegend positiv beurteilt wurde - benötigt würden, könne die CDU dem Nachtragshaushalt zustimmen.

Die WSI-Fraktion stellt dennoch den Antrag auf Streichung von TOP 4 der Tagesordnung, den der Vorsitzende abstimmen lässt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

2 Ja / 9 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	2	9	1
CDU-Fraktion	0	3	0
SPD-Fraktion	1	2	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	2	0
FDP-Fraktion	0	2	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	0	0	1

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
 - 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
 - 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte



- 3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2023
- 4 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 BV/2023/027
- 5 Folgen des Baulandmobilisierungsgesetzes
- 6 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
- 6.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
- 7 Wohnungsbaugesamt Wedel Nord
- 7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Bauprojekt
- 7.2 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan
- 8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Bericht der Verwaltung
- 8.2 Anfragen der Politik
- 8.2.1 Anfrage von Olaf Wuttke; hier: L 105 im Kreuzungsbereich mit Eggern- und Fährenkamp ANF/2023/005-1
- 8.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion; hier: Kita und Schule ANF/2023/006-1
- 8.2.3 Sonstige Anfragen
- 8.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Genehmigung des nichtöffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2023
- 10 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben MV/2023/022
- 11 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 11.1 Bericht der Verwaltung
- 11.2 Anfragen der Politik
- 11.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

- 12 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Frau Sinz beantwortet die Frage zu den Ampelmännchen aus der vorangegangenen Sitzung.

Das Fahrradsymbol ist immer dort an der Ampel, wo der Radweg über die Kreuzung führt. Vom Bahnhof zur Villa ist das Fahrradsymbol, aber von der Villa zum Bahnhof nicht. Hier darf der Radfahrer die Kreuzung nicht überfahren, da „Radfahrer frei“ vor der Villa endet und der Radweg am Bahnhof nicht in Fahrtrichtung weiterführt.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Eine Einwohnerin stellt die Frage, warum ein Tagesordnungspunkt Wedel Nord auf der Tagesordnung steht, obwohl doch ein Bürgerbegehren dagegen eingereicht sei. Frau Sinz erläutert, dass es sich um einen obligatorischen Tagesordnungspunkt handelt, unter dem ein mündlicher Bericht erfolgt, sofern es etwas zu berichten gibt. Sofern es nichts zu berichten gibt, wird dieser Punkt übersprungen.

2 Anhörung der Beiräte

Der Jugendbeirat berichtet von der Planung des Standes auf dem Hafenfest und der Kandidatensuche für den neuen Jugendbeirat. Zudem wird auf die Beiträge zur Wahl von Wedel TV und dem Jugendbeirat hingewiesen. Der Seniorenbeirat hat nichts zu berichten. Der Umweltbeirat plant eine weitere Veranstaltung im Spätsommer zum Thema Küstenschutz und Deichsicherheit, zu der auch das LKN eingeladen werden soll; ein Termin steht noch nicht fest.

3 Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls der Sitzung vom 21.03.2023

Beschluss:

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Einwände genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	11	0	1
CDU-Fraktion	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	1
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
Fraktion Die Linke	1	0	0



4 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023**BV/2023/027**

Herr Grass erläutert die Erhöhung der Ausgaben um 190.000 € für ein Innenstadtkonzept, das den Bereich Bahnhofstraße bis zum Roland und in der anderen Richtung bis zum Hafen umfasst. Vorgestellt wurde dies bereits im Rat, leider konnte die größere avisierte Förderung nicht erreicht werden. Es ist jedoch gelungen, über die Aktivregion einen Zuschuss von 100.000 € für zwei Jahre (jeweils 50.000 € in 2023 und 2024) zu bekommen. Die Kosten wurden anhand der Erfahrungen anderer Kommunen geschätzt und werden nach Eingang der Angebote konkretisiert.

Es wird keine weitere Aussprache gewünscht.

Beschluss:

Der Planungsausschuss empfiehlt für die Produktbereiche in seiner Zuständigkeit die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2023 dem Rat zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	1	2
CDU-Fraktion	1	0	2
SPD-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	0
FDP-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
Fraktion Die Linke	1	0	0

5 Folgen des Baulandmobilisierungsgesetzes

Herr Burmester begrüßt Herrn Klauke, der anhand einer Präsentation die einzelnen Punkte des Baulandmobilisierungsgesetzes erläutert. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung im Bürgerinformationssystem hinterlegt. Auf direkte Nachfrage zum Thema „Schrottimmobilien“ weist er darauf hin, dass hier lediglich eine Anwendung im Bereich Wohnimmobilien zulässig ist, Gewerbe wird nicht umfasst.

Herr Wuttke dankt für die präzise Zusammenfassung und die Aufnahme seines Wunsches, dieses Thema im Planungsausschuss zu besprechen. Offensichtlich seien die neuen Instrumente für eine Anwendung in Wedel weniger geeignet, zumindest nach der Auffassung des Fachdienstes Stadt- und Landschaftsplanung. Dennoch bittet er die Verwaltung um Auskunft, ob und wo es möglicherweise doch Anwendungsmöglichkeiten gebe.

Herr Grass wiederholt die Ausführungen zu der Problematik, dass bei der Aufstellung eines sektoralen Bebauungsplanes die Grundsätze der Bodennutzung und das Infrastrukturfolgekostenkonzept keine Anwendung finden würden. Dennoch wird sich die Verwaltung mit dem Thema beschäftigen, wo es Potentiale in Wedel für eine Nachverdichtung geben könnten, hier werden auch neue Fördermöglichkeiten für Stadtentwicklungskonzepte geprüft. Es stelle sich jedoch immer die Frage nach der Verfügbarkeit der Flächen.

Herr Wuttke fragt nach, ob auch das Thema der Vorkaufsrechtssatzung weiterverfolgt wird. Herr Grass erinnert dazu an die Mitteilungsvorlage, die dem HFA vorgelegen hat.

Die SPD-Fraktion möchte wissen, ob es bei grundsätzlich vorliegendem Planungsrecht, das jedoch von dem vorgesehenen Projekt in einzelnen Punkten überschritten wird (z.B. vier Stockwerke anstelle von zwei), die Möglichkeit bestehe, die Forderung nach 30% gefördertem Wohnraum durchzusetzen.

Herr Grass erläutert, dass bei einer möglichen Befreiung, wenn die Abweichung städtebaulich vertretbar sei, grundsätzlich Planrecht bestehe und daher keine vertragliche Grundlage für eine solche Forderung existieren würde.

Ratsfrau Nagel möchte wissen, seit wann das Gesetz in Kraft ist, ob es sich um ein Bundesgesetz handle, wie die aktuellen Ratsbeschlüsse dazu rechtlich stünden und wie Wedel in die Liste der Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt aufgenommen wurde.

Die Verwaltung erläutert, dass es sich um ein Bundesgesetz handle, dem die aktuellen Ratsbeschlüsse jedoch nicht entgegenstehen. Für die Anwendung des Folgekostenkonzeptes und der Grundsätze der Bodennutzung sei weiterhin eine vertragliche Übereinkunft bei der Schaffung von neuem Baurecht notwendig, damit läge ein vollkommen anderer Sachverhalt als bei einem sektoralen Bebauungsplan vor. Das Gesetz ist seit Februar 2023 in Kraft. Jedes Bundesland habe ein Gutachten anfertigen lassen, um Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt identifizieren zu lassen. Die Stadt Wedel habe sich dort nicht aktiv beworben, sondern wurde aufgrund der zugrunde liegenden Kriterien benannt. Fast das gesamte Umland der Stadt Hamburg falle in diese Kategorie.

Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung um erneute Prüfung, ob eine Vorkaufsrechtssatzung aufgestellt werden sollte und dies in die Gremien zu bringen.

Frau Sinz erläutert, dass es mehrere Themenbereiche gibt, die ein Vorkaufsrecht begründen könne, z.B. die Steuerung der gewerblichen Entwicklung. In Wedel weise der Flächennutzungsplan bereits die vorgesehenen Wohnbauflächen aus, daher wurde bisher kein Bedarf für eine Vorkaufsrechtssatzung gesehen. Möglicherweise würde dies jedoch beim Thema Solarfreiflächen wieder interessant.

6 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

6.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass die Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der Ostpromenade bevorstehe, es seien lediglich noch kleinere Anpassungsarbeiten und teilweise Verfügung notwendig. Die offizielle Freigabe für die Öffentlichkeit werde voraussichtlich Ende Mai bis Anfang Juni erfolgen.

In Kürze würde mit der Planung der Neugestaltung der Zufahrt zum Hakendamm, der Anbindung des Parkplatzes und der Ergänzungspotenziale des Spielplatzes begonnen. Bei letzterem sollen auch die Hafen AG, die Beiräte und Kinder eingebunden werden.

Die SPD-Fraktion bittet darum, den Propeller der Firma Becker, der zu diesem Zweck der Stadt geschenkt wurde, bei der Gestaltung der Ostpromenade einzuplanen. Vor einigen Jahren wurde dies in der Hafen AG besprochen, der Propeller sollte beim Bauhof eingelagert sein.

Die FDP-Fraktion erinnert, dass im Zuge des Stadtjubiläums im Jahr 2012 mögliche Stellen für solche Objekte geplant wurden, Zeichnungen dazu müssten in der Verwaltung vorliegen. Es wird die Frage gestellt, ob die derzeitigen Unterwasserarbeiten im Bereich der Kaimauerbereiche 5 und 6 bereits die Steinschüttung betreffen. Herr Grass bestätigt, dass es sich um vorbereitende Arbeiten hierfür handelt.

Die Fraktion Die Linke fragt, ob der nichtöffentlich beschlossene Vergleich aus der letzten Sitzung mittlerweile unterschrieben wurde.

Frau Sinz verneint, derzeit werden die Verträge besprochen und juristisch geprüft.

Der Jugendbeirat begrüßt die geplante Einbindung in die Planung für den Spielplatz am Hafen, wünscht sich jedoch eine generelle Beteiligung des Jugendbeirates in den Arbeitsgruppen des Planungsausschusses.

Herr Eichhorn erinnert daran, dass dieses Thema bereits mehrmals beraten wurde, persönlich habe er die Beratung in der sehr kleinen Runde einer AG mit nur einem Mitglied pro Fraktion immer sehr begrüßt, die Diskussion sei immer sehr frei und offen möglich gewesen. Die endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolge im Planungsausschuss, er würde daher empfehlen, die bisherige Vorgehensweise beizubehalten.

Die WSI-Fraktion teilt diese Auffassung nicht. In der AG Mobilität habe sich gezeigt, dass auch mit der Beteiligung der Beiräte an den Sitzungen beraten werden könne. Im letzten Jahr wurde den Beiräten geraten, hierzu einen Antrag an den Planungsausschuss zu stellen.



Der Seniorenbeirat erläutert, dass man sich bewusst gegen den Antrag entschieden und die Teilnahme an allen AG-Sitzungen entschieden habe, da gerade der notwendige vertrauliche Umgang mit den Inhalten der Sitzungen und der daraus resultierende unterschiedliche Informationsstand innerhalb des Beirates als schwierig erachtet wurde. Dies habe die Teilnahme an der AG Mobilität den Beiratsmitgliedern erst bewusstgemacht.

Der Jugendbeirat beurteilt die Teilnahme an der AG Mobilität als positiv und möchte gerne entsprechend der Gemeindeordnung an den AG-Sitzungen beteiligt werden, in denen Jugendinteressen berührt werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen sieht die Arbeitsgruppen nicht als Inner Circle, sondern als Beratungsgruppen, die dem Ausschuss die Arbeit erleichtern sollen. Schwierig seien, wie bereits vom Seniorenbeirat erwähnt, die nichtöffentlichen Informationen in den AG-Sitzungen und der Umgang im Beirat damit.

Die Fraktion Die Linke bemängelt die fehlende Transparenz, wenn die Beiräte nicht in den Arbeitsgruppen beteiligt werden, da dort zwar keine Entscheidungen getroffen, aber durchaus Weichen gestellt würden.

Die CDU-Fraktion weist den Jugendbeirat darauf hin, dass es ihm freisteht, einen entsprechenden Antrag an den Planungsausschuss zu richten. Da sich die Ausschüsse nach der Wahl neu bilden werden, sei völlig offen, wie dann das Meinungsbild der neuen Mitglieder hierzu aussehe.

7 Wohnungsbaugebiet Wedel Nord

7.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Bauprojekt

Frau Sinz berichtet, dass es aktuell zum Bauvorhaben keinen neuen Sachstand gibt.

Die Unterschriften des Bürgerbegehrens wurden eingereicht und werden derzeit im Rathaus auf Gültigkeit geprüft. Die Planung für Wedel Nord laufe derzeit nur in wenigen Bereichen weiter, etwa bei den bereits gestarteten Untersuchungen, die über einen längeren Zeitraum laufen (z.B. Artenschutz).

Die FDP-Fraktion fragt, ob damit auch die gerade beauftragte Planung der S-Kurve nicht fortgeführt wird. Frau Sinz verneint dies, da die Kurve auch unabhängig von der Realisierung von Wedel Nord zu planen sei.

7.2 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zur Umsetzung der Begleitbeschlüsse zum Rahmenplan

Herr Grass weist auf die im vorherigen TOP erwähnte Planung der S-Kurve im Bereich Pinneberger Straße / Breiter Weg / Autal hin. Zudem sei ein Gesprächstermin mit der Deutschen Bahn am 09.05. vereinbart, um die Situation an der Bahnüberführung im Autal zu besprechen. Auch ein möglicher Übergang vom Bereich Theaterparkplatz zum Bahnhof/Bahnsteig soll angesprochen werden.

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet von dem Gespräch mit den Anwohnenden Voßhagen, das Protokoll wurde bereits an alle Mitglieder des Planungsausschusses verschickt.

Frau Matthies berichtet von einer starken Häufung von Vandalismusschäden an den Buswartehäuschen in den letzten drei Wochen. Es wurden an 12 Haltestellen mindestens eine, meist mehrere Scheiben zerschlagen. Die Verwaltung möchte über einen Presseartikel die Öffentlichkeit dafür sensibilisieren.

Herr Kaser berichtet, dass die Verkehrsaufsicht in den nächsten Wochen den Prüfauftrag des Planungsausschusses aus der letzten Sitzung bearbeiten wird. Es gibt im Stadtgebiet Straßen, die nicht zum Vorbehaltsnetz gehören und in denen die Regelgeschwindigkeit von Tempo 50 gilt. Diese Straßen wurden bei der letzten Überarbeitung des Vorbehaltsnetzes im Jahr 2020 nicht gesondert betrachtet. Die Verkehrsaufsicht wird in den kommenden Wochen überprüfen, warum keine Geschwindigkeitsreduzierung erfolgt ist und ob die Möglichkeit der Reduzierung auf 30 km/h möglich ist. Hierbei soll vor allem die städtebauliche Entwicklung in den entsprechenden Bereichen berücksichtigt werden.

Die SPD-Fraktion dankt für diese Information, andernfalls wäre ein Antrag gestellt worden, den Prüfauftrag so schnell wie möglich umzusetzen. Hierbei sollte auch besonders der Rollberg in den Blick genommen werden. Die Verwaltung wird gebeten, das Augenmerk eher auf Lösungsmöglichkeiten für eine Verbesserung zu richten, als auf die Hinderungsgründe, warum etwas nicht ginge.

Herr Kaser berichtet, dass er bereits im Wahlkampf auf dieses Thema angesprochen worden sei. Die Verkehrsaufsicht habe ihm daher zeitnah nach seinem Dienstantritt die Situation fachlich erläutert. Insbesondere am Rollberg seien umfangreiche Prüfungen und Messungen durchgeführt worden, auch unter Beteiligung der Polizei und des LBV. Durch die Einbindung der Landtagsabgeordneten durch den Anwohner sei das Thema nun sehr hoch aufgehängt und der LBV führe derzeit eine fachaufsichtliche Überprüfung durch.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fragt, ob dort auch Tempo 30 geprüft werde, was Herr Kaser verneint. Es seien jedoch die Beschwerden, die Busse führen zu schnell und über die Gehwege überprüft worden und die Fahrer nach einem Gespräch mit den Verkehrsbetrieben sensibilisiert worden. Dies zeige bereits Wirkung.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ist nicht einverstanden, dass die Fahrbahnbreite immer als ausreichend dargestellt werde. Sobald ein breites Fahrzeug auf dem Seitenstreifen parke, sei kein Begegnungsverkehr von Bussen ohne Ausweichen auf den Gehweg mehr möglich. Die Beobachtung wird von Herr Kaser geteilt, jedoch sei dies eine besondere Situation, die nicht automatisch bedeute, dass die Straßenbreite insgesamt zu schmal sei. Die FDP-Fraktion sieht auch ohne parkende Fahrzeuge die Sicherheit der Fußgänger als nicht gegeben, da die Außenspiele der Busse bei Begegnungen über den Fußweg ragen würden.

Herr Kaser bekräftigt, dass das Problem ernst genommen werde. Daher seien die umfangreichen Messungen erfolgt und die Überprüfung des LBV initiiert worden, ganz im Sinne der Politik und der Bürger*innen. Herr Brix ergänzt, dass im Rollberg bereits ein Parkverbot für größere Fahrzeuge beschlossen wurde, das sehr zeitnah umgesetzt wird. In dem grundsätzlichen Verfahren kann die Stadtverwaltung vorerst keine weiteren Schritte unternehmen, da die Fachaufsicht eingeschaltet wurde. Durch die Einbindung der Landtagsabgeordneten wird auch eine Stellungnahme des Ministeriums erwartet, was das Verfahren zusätzlich verzögert. Das Ergebnis der Überprüfung des Verfahrens durch die Fachaufsicht bleibe abzuwarten.

8.2 Anfragen der Politik

8.2.1 Anfrage von Olaf Wuttke; hier: L 105 im Kreuzungsbereich mit Eggern- und Fahrenkamp

ANF/2023/005-1

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Wuttke bittet im Falle der Ablehnung einer Querungshilfe und/oder der Reduzierung der Geschwindigkeit auf 60km/h durch den LBV die Politik und die Verwaltung zu prüfen, ob ein Beschluss, diesen Bereich zum Wedeler Stadtgebiet zu erklären, eine Reduzierung des Tempos auf 50km/h an dieser Stelle möglich wäre.

Herr Ulbrich ergänzt, dass hier mehrere Nutzergruppen betroffen sind, die Anwohnenden generell, die Schulkinder, aber auch die Besucher*innen des Regionalparks Wedeler Au.

8.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion; hier: Kita und Schule**ANF/2023/006-1**

Die Antwort der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Für die SPD-Fraktion ist der letzte Abschnitt entscheidend, auch die Verwaltung sehe keine Alternative innerstädtisch für einen Schulneubau. Folgerichtig habe die Politik die Aufstellung des Bebauungsplanes für ein neues Schulzentrum beschlossen. Verwunderlich sei, dass die WSI-Fraktion sich vehement dagegen ausgesprochen habe, nun jedoch den Bau von Kitas und Schulen in Wedel Nord nicht ausschließe.

Die WSI-Fraktion weist darauf hin, dass es sich bei dem angesprochenen Text um eine Formulierung der Bürgerinitiative, nicht der Partei handle. Insgesamt sei es kritisch, dass in der Antwort der Verwaltung die Schulstandorte im Autal und der ABC-Straße ausgeschlossen würden. Von den externen Beratern wurde im Rahmen der Überlegungen zur Haushaltskonsolidierung festgestellt, dass kein Geld für einen Schulneubau vorhanden sei, aber die beiden bestehenden Gebäude angeschaut und auf eine mögliche Nutzung als Schule geprüft werden müssten. Nun müsse man schauen, was machbar sei.

Frau Sinz konkretisiert, dass in der Beantwortung der Anfrage explizit darauf hingewiesen werde, dass der vorhandene Gebäudebestand sich nicht eigne. Im Autal seien die Räume nach heutigem Standard viel zu klein als Klassenzimmer, das Gebäude in der ABC-Straße sei ein Vorkriegsgebäude, das im Krieg beschädigt wurde. An beiden Standorten bliebe nur der Abriss und ein Neubau, der allerdings auf Grund der vorhandenen Flächen sehr klein wäre.

Die SPD-Fraktion erinnert an einen Antrag vor einigen Jahren, in dem vorgeschlagen wurde, den Standort des Bauhofes zu verlegen. Gemeinsam mit der Fläche der ehemaligen Pestalozzischule käme so womöglich eine ausreichende Fläche für eine neue Schule zustande.

8.2.3 Sonstige Anfragen

Herr Sue fragt nach der Eingabe des Kinderparlaments, in dem eine Problemfeld im Kreuzungsbereich Fasanenweg benannt wurde. Herr Brix bestätigt den Eingang am heutigen Tag, es wird geprüft und eine Beantwortung vermutlich im UBF erfolgen.

8.3 Sonstiges

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende erinnert daran, dass dies die letzte Sitzung in dieser Konstellation ist und spricht seinen Dank aus:

- An die Bürger*innen für die Einbringungen im Rahmen der Einwohnerfragestunden
- An die Beiräte für die Einbringung der Interessen der von Ihnen vertretenen Personengruppen
- An die Presse für die unabhängige Berichterstattung
- An die Protokollführung und Ausschussbetreuung, Frau Matthies, für die gute Zusammenarbeit und Assistenz des Vorsitzes
- An die Fachbereichsleitung, Frau Sinz, für die ruhige, besonnene und kompetente Arbeit und damit das Schiff manchmal durch stürmische See zu lenken, ohne die städtebauliche Entwicklung aus den Augen zu verlieren
- An die Fachdienstleitung Herrn Grass, der immer sattelfest und kompetent in allen Themen dem Ausschuss zur Seite stand und die perfekte Ergänzung der Ehrenamtler ist



- An Frau Hoppe und Frau Warsitz, die für ihre jeweiligen Themenbereiche immer für alle Auskünfte zur Verfügung standen
- An die Mitglieder des Planungsausschusses für die gute und faire Zusammenarbeit, es sei irgendwie trotz Meinungsverschiedenheiten immer gelungen Entscheidungen zu treffen, die Wedel lebenswerter machen.

Es sei ihm eine große Ehre gewesen, den Ausschuss die letzten fünf Jahre zu leiten.

Insbesondere verabschiedet er die langjährigen Mitglieder des Ausschusses, die bei der Kommunalwahl nicht erneut kandidieren, Herrn Eichhorn nach 25 Jahren im Planungsausschuss, Herrn Schumacher, Herrn Wuttke und Herrn Keller.

Herr Eichhorn richtet im Anschluss seinen Dank an den Vorsitzenden für die gute Arbeit und die neutrale Gestaltung des Vorsitzes.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

12 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder, im nichtöffentlichen Teil wurden keine Beschlüsse gefasst.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Burmester

Kay Burmester

Protokollführung:

gez. Matthies

Katrin Matthies

